

Antrag 135.1/II/2019**Fassung der Antragskommission****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Wissenschaft und Forschung in und für die (Stadt)gesellschaft**

1 **Grundsätze in Wissenschaft und Forschung für die Zu-**
2 **kunft**
3 Wissenschaft und Forschung sind essenziell zur Lösung
4 sowohl der großen internationalen Zukunftsfragen sowie
5 der zentralen **Fragen der wachsenden Stadt** Berlin. Ber-
6 lin hat durch die Dichte und Vielfalt an Wissenschafts-
7 und Forschungsinstitutionen ein unglaubliches Potenzial
8 an ersichtlicher Qualität, das wir in den kommenden zehn
9 Jahren gezielt weiter auszubauen werden.
10
11 Es gilt dieses Potenzial im Sinne der Stadt, ihrer Wis-
12 senschaftler*innen, Forscher*innen, Erfinder*innen und
13 Bewohner*innen zu nutzen. Eine sozialdemokratische
14 Wissenschafts- und Forschungspolitik orientiert sich da-
15 bei an den Grundsätzen der vertikalen wie horizonta-
16 len Durchlässigkeit, maximaler **Chancengleichheit**, Viel-
17 falt bei Gleichwertigkeit und eine breite Beteiligung der
18 Betroffenen an Prozessen. Wir wollen Wissenschaft und
19 Forschung im Sinne aller an ihnen Mitwirkenden und Par-
20 tizipierenden, aber auch im Sinne der Bürgerinnen und
21 Bürger!
22
23 Es ist die Aufgabe des Staates, die **Autonomie** von Wis-
24 senschaft und Forschung zu schützen, dabei aber zugleich
25 die politischen Rahmenbedingungen für eine positive und
26 progressive Entwicklung zu setzen.
27 Durch die neoliberalen Reformen der vergangenen Jahr-
28 zehnte, die sich in der Wissenschaft in Form des New
29 Public Management niederschlugen und der Theorie ei-
30 nes effektiv administrierbaren, outputorientierten nach
31 wirtschaftlichen Gesichtspunkten ausgerichteten Wis-
32 senschaftssystems gründeten, wurde Wissenschaft je-
33 doch vielfach nicht nur prekariert sondern im Wettlauf
34 um Drittmittel auch in ihrer Freiheit beschränkt. Alle Ver-
35 suche, die Lehre zu verbessern und ihren Stellenwert zu
36 erhöhen, mussten in einem derartigen System wenig Er-
37 folge zeitigen. Nur eine solide Grundfinanzierung, ergänzt
38 durch Exzellenz, Drittmittel und kooperative Forschungs-
39 vorhaben, kann auch den Querdenker*innen und denen,
40 die an langfristigen und weniger kurzfristig outputori-
41 entierten Vorhaben arbeiten, die notwendige Grundlage
42 bieten.
43
44 Das Land Berlin hat hier bereits **politische Instrumente**,
45 wie beispielsweise die Hochschulverträge entwickelt, die
46 sich bewährt haben und weiterhin eine zentrale Rolle in
47 der wissenschaftspolitischen Gestaltung spielen sollten.
48

49 So sind Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen öf-
50 fentliche Institutionen, die in einem Spannungsverhält-
51 nis zwischen Autonomie von Wissenschaft und Forschung
52 einerseits und den **gesellschaftlichen Bedarfen und ge-**
53 **sellschaftlicher Verantwortung** andererseits stehen. So-
54 zialdemokratische Wissenschafts- und Forschungspolitik
55 greift entsprechend gestaltend ein, ohne die Autonomie
56 von Wissenschaft und Forschung einzuschränken.

57

58 Sozialdemokratische Wissenschafts- und Forschungs-
59 politik bedeutet unabhängige, **kritische Wissenschaft**. Sie
60 rechtfertigt sich aus sich selbst heraus und untersteht
61 allein den wissenschaftlichen Prinzipien. Diese Aussa-
62 ge klingt selbstverständlich, ist es aber nicht. Tatsäch-
63 lich ist Forschung mehr und mehr zahlreichen Abhän-
64 gigkeiten ausgesetzt. Manche von ihnen sind nicht voll-
65 ständig vermeidbar, etwa bei der Finanzierung. Aber ei-
66 ne Wissenschaft, die nur solche Ergebnisse „produzieren“
67 soll, die von Auftraggebern gewünscht sind, ist Pseudo-
68 Wissenschaft.

69

70 Das Bild einer unabhängigen Wissenschaft gerät stärker
71 unter Druck. Selbst Grundsätze, die vor kurzem noch als
72 selbstverständlich galten, sind es heute nicht mehr.

73

74 So hat die CDU-Wissenschaftsministerin Anja Karliczek
75 ein Verständnis von Wissenschaft und Forschung, nach
76 dem es vornehmlich darum geht konkrete Ergebnisse zu
77 produzieren, die so sofort verwendbar sind – am bes-
78 ten für die Wirtschaft. Doch so funktioniert Wissenschaft
79 nicht: Wissenschaft braucht eine umfangreiche Grundla-
80 genforschung und die Freiheit Erkenntnisse zu produzie-
81 ren, ohne dass diese unmittelbar wirtschaftlich verwert-
82 bar sind. Wissenschaft ist kein Zulieferbetrieb für die Wirt-
83 schaft. Wissenschaft ist Erkenntnisgewinn und kritisches
84 Denken.

85

86 Wissenschaft und Forschung dienen nicht nur wenigen.
87 Es ist verlässlich nachgewiesen, dass Wissenschaft und
88 Forschung nachhaltig auf die Arbeitsplatzentwicklung in
89 den Regionen wirken und große Auswirkung auf das Wirt-
90 schaftswachstum haben. Dabei entstehen Arbeitsplätze
91 auf allen Qualifikationsniveaus und Löhne steigen. Dar-
92 über hinaus hat Wissenschaft und Forschung in der Re-
93 gion einen großen Anteil am Bildungsaufstieg bislang
94 ausgegrenzter gesellschaftlicher Gruppen. Die Ergebnisse
95 von Forschung können ALLE Arbeitsplätze gesünder und
96 nachhaltiger gestalten. Dabei gehen Sozialforschung und
97 technische Innovation idealerweise Hand in Hand. Ohne
98 Wissenschaft und Forschung werden wir weder die regio-
99 nalen Probleme z.B. des Verkehrs und der Energieversor-
100 gung oder der Partizipation und des sozialen Zusammen-
101 halts noch die globalen Probleme der Friedenssicherung

102 oder des Klimawandels lösen können. Digitalisierung und
103 Automatisierung, Künstliche Intelligenz und Welthandel,
104 Inklusion und Gleichstellung brauchen Wissenschaft.

105

106 Die deutsche Wissenschaft, und Berlin mit an der Spit-
107 ze, sind hocheffektiv im internationalen Vergleich. Mit
108 dem Zukunftsvertrag ist der Bund dauerhaft und verläss-
109 lich in die Finanzierung der Hochschulen eingestiegen.
110 Das ist auch ein Erfolg sozialdemokratischer Verhand-
111 lungserfolge. Trotzdem ist ein „Mitspielen“ in der Welt-
112 spitze auf diesem Niveau nicht nachhaltig zu erreichen.
113 Während andere große Industrienationen bis zu 2,5 % ih-
114 res Bruttosozialproduktes in Wissenschaft und Forschung
115 investieren, ist Deutschland mit 1,2 % öffentlicher direk-
116 ter Mittel weit hinter her. Dabei gibt es unter den Spit-
117 zenreitern Staaten, in denen der Anteil der privaten Finan-
118 zierung über Stiftungen, Schenkungen aber auch Studi-
119 engebühren, die weitgehend die Mittelschicht aufbringt
120 und sich dafür verschuldet hoch ist, aber auch solche
121 Staaten, die Bildung sowie Wissenschaft und Forschung
122 grundsätzlich als Aufgabe der staatlichen Daseinsvorsor-
123 ge betrachten und öffentliche finanzieren. Diese sollte
124 sich Deutschland zum Vorbild nehmen, weil ein durchläs-
125 siges Bildungssystem grundlegend notwendig ist und ei-
126 ne Erosion der Mittelschicht durch Verschuldung katastro-
127 phale gesellschaftliche Folgen zeitigt.

128

129 **Situation in der Berliner Wissenschafts- und Forschungs-** 130 **politik**

131 In der Berliner Wissenschafts- und Forschungspolitik fin-
132 den die beschriebenen sozialdemokratischen Grundsät-
133 ze bereits jetzt Anwendung. Im bundesweiten Vergleich
134 pflegt Berlin eine starke **Kultur des Austausches und der**
135 **Kooperation** zwischen Politik, Stadtgesellschaft und den
136 Wissenschafts- und Forschungsinstitutionen. Diese gilt es
137 zu erhalten und weiter auszubauen. Insbesondere bei der
138 Vernetzung zwischen Hochschulen und Forschungsein-
139 richtungen wollen wir in den kommenden Jahren einen
140 Schwerpunkt setzen.

141

142 Doch auch das Verhältnis zwischen Land und Hochschu-
143 len wollen wir weiter intensivieren, indem wir im Vorfeld
144 der Verhandlungen zu den Hochschulverträgen die gesell-
145 schaftlichen und **politischen Präferenzen** der Stadt durch
146 partizipative Elemente stärker integrieren. Die Schwer-
147 punkte eines Hochschulvertrages müssen im Vorfeld so-
148 wohl in den Gremien der Hochschulen als auch im Parla-
149 ment beraten werden. Ziel ist, eine breite gesellschaftliche
150 Auseinandersetzung mit den Themen der Hochschulen.

151

152 So stellen die **Hochschulverträge** nach wie vor für uns
153 das zentrale politische Instrument dar, um die Bedarfe
154 der Stadtgesellschaft in die Hochschulen zu transferie-

155 ren. Durch die bessere finanzielle Situation war es uns
156 in den letzten Jahren möglich, wesentliche gesellschafts-
157 politische Prozesse anzustoßen und Weichen für die Zu-
158 kunft zustellen. Zu nennen sind hier insbesondere die Ein-
159 richtung eines Instituts für Islamische Theologie an der
160 Humboldt-Universität zu Berlin, die Einrichtung einer Ge-
161 schäftsstelle für die neu gegründete Landeskommission
162 Duales Studium, eine Erhöhung der Studienplätze insbe-
163 sondere in den Bereichen „Soziale Arbeit“, „Erziehung und
164 Bildung im Kindesalter“, „Öffentliche Verwaltung“ und
165 schließlich im Bereich des Lehramts.

166

167 Schließlich hat die SPD dafür gesorgt, dass in den jüngs-
168 ten Hochschulverträgen 2018 bis 2022 das Land Berlin sei-
169 ne elf staatlichen Hochschulen und die Charité durch **Er-
170 höhung der Grundmittel** stärkt: Die Verträge wurden erst-
171 mals über einen Zeitraum von fünf Jahre und mit einem
172 Aufwuchs von 3,5 % p.a. abgeschlossen. Die Hochschulen
173 erhalten insgesamt 767 Mio. Euro zusätzliche Mittel. Im
174 Jahr 2022 beläuft sich das Gesamtvolumen damit auf 1,65
175 Mrd. Euro.

176

177 Die SPD hat die Arbeitsbedingungen an den Hochschulen
178 wesentlich verbessert. Erstmals vereinbart wurde mit den
179 Hochschulen:

- 180 • eine fest vereinbarte Mindestquote an Dauerbe-
181 schäftigten an jeder Hochschule;
- 182 • Mindestvertragslaufzeiten, die sich an der jeweili-
183 gen Projektlaufzeit orientiert;
- 184 • die familienpolitischen Möglichkeiten für
185 Haushalts- und Drittmittelbeschäftigte vollum-
186 fassend auszuschöpfen;
- 187 • die Karrierewege des wissenschaftlichen Nach-
188 wuchses durch das so genannte Tenure-Track-
189 Gesetz zu stärken;
- 190 • Mindest-Honorare für Lehrbeauftragte zu zahlen
191 sowie den studentischen Tarifvertrag zu erhalten
192 und auszubauen.
- 193 • Fremdvergaben zu vermeiden und Ausgründungen
194 wie die Betriebsgesellschaft am Botanischen Garten
195 in die Hochschule und damit in den TVL zurückzu-
196 führen (erfolgt)
- 197 • Zudem wurden die Mindeststundenlöhne bei der
198 Charité Facility Management (CFM) erhöht und im
199 Januar 2019 die CFM zu 100% in öffentliches Eigen-
200 tum überführt.

201

202 Diesen Kurs wollen wir fortsetzen und auch in Zukunft an
203 der Erreichung unseres Ziels „Gute Arbeit in Wissenschaft
204 und Forschung“ arbeiten.

205

206 **Berliner Wissenschafts- und Forschungspolitik weiterent-**
207 **wickeln**

208

209 Gute Arbeit und eine vorausschauende Personalentwick-
210 lung bleiben zentrale Aufgaben einer sozialdemokrati-
211 schen Wissenschafts- und Forschungspolitik. Wir wissen:
212 Arbeit an Hochschulen ist oft prekär. Das ist nicht nur
213 fatal für die betroffenen Personen, sondern führt auch
214 zu einer schlechteren Qualität von Wissenschaft und For-
215 schung. Als SPD wollen wir uns in den kommenden Jah-
216 ren daher insbesondere für folgende Maßnahmen einset-
217 zen, um **Gute Arbeit und Personalentwicklung** zu verwirk-
218 lichen:

- 219 • Wir wollen den wissenschaftlichen Mittelbau wei-
220 ter stärken, indem wir attraktive Forschungsstellen
221 neben der klassischen Professur anbieten. Diese sol-
222 len dauerhaft eingerichtet werden und sich durch
223 wissenschaftlich eigenständiges Arbeiten auszeich-
224 nen. Damit schaffen wir eine neue Personalkatego-
225 rie an den Hochschulen.
- 226 • Wir wollen für alle dauerhaft zu erbringenden Ar-
227 beiten Dauerstellen und gleiche Arbeit auch gleich
228 bezahlen. Die Quote an dauerhaft Beschäftigten an
229 den Berliner Hochschulen soll in den kommenden
230 Jahren weiter deutlich erhöht werden.
- 231 • Ein Bereich, in dem es besonders viele befristet be-
232 schäftigte Mitarbeiter*innen gibt, sind Drittmittel-
233 projekte. Der „Sachgrund“ ist hier, dass die Mittel
234 nur befristet gewährt werden. Gemeinsam mit den
235 Hochschulen wollen wir innovative Arbeitsmodel-
236 le etablieren, durch die gewährleistet werden kann,
237 dass auch Drittmittelprojekte über unbefristet be-
238 schäftigte Forscher*innen durchgeführt werden, z.B.
239 durch so genannten „rolling contract“.
- 240 • Wir fordern, dass sich Senat und die sozialdemo-
241 kratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses und
242 des deutschen Bundestages dafür einsetzen, dass
243 Drittmittel des Bundes nicht zwingend mit befris-
244 teter Beschäftigung des wissenschaftlichen Mittel-
245 baus verbunden werden.
- 246 • Auch Stellen für die Einwerbung und Koordinati-
247 on von Drittmitteln sollen als Dauerstellen geführt
248 werden. So bilden sie einen Bereich des Wissen-
249 schäftsmanagements. Ein auf Dauer gestelltes, pro-
250 fessionelles Wissenschaftsmanagement beinhaltet
251 den Vorteil, dass unsere Wissenschaftler*innen und
252 Forscher*innen sich nicht hauptsächlich mit der Ak-
253 quise zukünftiger Gelder beschäftigen müssen.
- 254 • Wir wollen den Weg des tenure track weiter gehen,
255 denn er bietet den Wissenschaftler*innen Sicherheit
256 auf dem Weg zur Professur. In Berlin soll es in Zu-
257 kunft keine Juniorprofessur mehr geben, ohne dass
258 die über einen tenure track in einem geregelten Ver-
259 fahren zu einer Professur führt. Dabei muss die Frau-
260 enquote für tenure track Stellen 50 Prozent betra-

- 261 gen. Darüber hinaus wollen wir auch Wege finden,
 262 um Stellen aus dem wissenschaftlichen Mittelbau
 263 sinnvoll mit einem tenure track auszustatten.
- 264 • Das Berliner Chancengleichheitsprogramm soll als
 265 wichtiges Instrument der Frauenförderung fortge-
 266 führt und weiter entwickelt werden.
 - 267 • Die Frauenbeauftragten der Hochschulen wollen
 268 wir in ihren Kompetenzen und Ausstattung stärken
 269 und geeignete Strukturen wie ein Netzwerk Diversity
 270 und Antidiskriminierung schaffen, um struktureller
 271 Diskriminierung umfassend und wirksam zu be-
 272 gegnen.
 - 273 • Wir werden uns dafür einsetzen, dass auch die stu-
 274 dentischen Hilfskräfte an den Außeruniversitären
 275 Forschungseinrichtungen in Zukunft nach dem TV
 276 Stud bezahlt werden.

277

278 **Qualität und Selbstbestimmung in Studium und Lehre**

279 Einen weiteren Schwerpunkt wollen wir in den kom-
 280 menden Monaten und Jahren beim Thema **Qualität und**
 281 **Selbstbestimmung in Studium und Lehre** setzen. 20 Jah-
 282 re nach der Bologna-Deklaration sind ein guter Zeitpunkt,
 283 um erfahrungsbasiert Bilanz zu ziehen und an den Stellen
 284 neu zu justieren, die sich in der Praxis nicht oder nur unzu-
 285 reichend bewährt haben. Aus sozialdemokratischer Sicht
 286 sind dahingehend folgende Maßnahmen anzugehen:

- 287 • Ein Jahr „Studium Generale“ für Alle, die das wollen.
 288 Wir wollen eine Studieneingangsphase bzw. ein Ori-
 289 entierungsstudium einführen, in der Kurse aus al-
 290 len Fachbereichen gewählt werden können und Prü-
 291 fungsleistungen auf das später gewählte Studium
 292 angerechnet werden können.
- 293 • Wir wollen den Anteil der Wahlmodule erhöhen, da-
 294 mit Studierende selbst entscheiden können, welche
 295 Schwerpunkte sie innerhalb des Studiums setzen.
- 296 • Unabhängige Wissenschaft fängt im Studium
 297 an. Wir bekennen uns zu den Prinzipien: Keine
 298 Anwesenheitspflicht, keine Studiengebühren, volle
 299 Durchlässigkeit zwischen Bachelor und Master.
- 300 • Wir wollen Wege finden, mit denen wir die Möglich-
 301 keiten eines Teilzeitstudiums weiter verbessern und
 302 dadurch auch die Studierenden erreichen, die fak-
 303 tisch Teilzeit studieren, ohne sich im Teilzeitstudium
 304 zu befinden. Teilzeitstudium kann ein Weg sein, um
 305 Erwerbsarbeit, Familie und Studium besser zu ver-
 306 einbaren. Wichtig ist aber vor allem die Möglichkeit,
 307 Studienverläufe individuell zu gestalten und den
 308 persönlichen Profilen und Zeitbudgets anzupassen.
 309 Dafür brauchen die Studierenden Wahlfreiheit und
 310 Flexibilität bei der Wahl der Angebote. Hochschulen
 311 sollen durch individuelle freiwillige Beratung diese
 312 Studienverläufe unterstützen. Vom Messen der Lei-
 313 stung der Hochschulen fixiert auf Abschlüsse in Re-

- 314 gelstudienzeit wollen wir in den Hochschulverträ-
315 gen weiter Abstand nehmen.
- 316 • Zur Förderung einer besseren Anerkennungskultur
317 von Studienleistungen, implementieren wir die Be-
318 weisumkehr bei der Anerkennung von Leistungs-
319 nachweisen anderer Hochschulen, inklusive der im
320 Ausland erbrachten Studienleistungen.
 - 321 • Wir wollen die Studienberatung weiter ausbauen,
322 damit es zu noch weniger Studienabbrüchen
323 kommt.
 - 324 • Wissenschaft bedeutet, dass Forschung und Lehre
325 zusammenkommen. Die Lehre wird grundsätzlich
326 von Professor*innen und wissenschaftlichen Mitar-
327 beiter*innen ausgeübt. Reine Lehrstellen – zum Bei-
328 spiel über Lehrbeauftragte – darf es deshalb nur er-
329 gänzend als Schnittstelle zur Praxis und in Ausnah-
330 mefällen zur Abdeckung kurzfristiger Sonderbedar-
331 fe geben.
 - 332 • Wir wollen eine verpflichtende Lehrevaluation, die
333 in den Gremien der Hochschulen ausgewertet und
334 mit systematischen Handlungsempfehlungen ver-
335 sehen werden.

336

337 **Soziale Lage der Studierenden verbessern, Studienerfolg** 338 **und Berufsperspektiven absichern**

339 In den letzten Jahren sind die Studierendenzahlen in Ber-
340 lin stark gestiegen, von 130.000 Anfang der Nuller Jahre
341 auf über 190.000 zurzeit. Das hat die SPD in Bund und
342 Land unterstützt, zumal wir auf die Fachkräfte insbeson-
343 dere im Bereich Lehrkräfte, Soziale Arbeit, Erziehungsberu-
344 fufe, öffentliche Verwaltung inklusive Polizei und Rechts-
345 pflege dringend angewiesen sind.

346 In Folge der Einschnitte in der Hochschulfinanzierung ver-
347 gangener Jahrzehnte - trotz momentaner Aufwüchse von
348 3,5% - und in Folge der Bologna-reformen sind aber Studi-
349 endruck und Arbeitsverdichtung an den Hochschulen ge-
350 stiegen. Hinzu kommen steigende Lebenshaltungskosten,
351 insbesondere Mieten und daher auch zunehmende Belas-
352 tung durch Erwerbsarbeit bei Studierenden.

353 Heute nehmen über 40% eines Jahrganges ein Studium
354 auf. Berufe, die früher in vollschulischer Form ausgebil-
355 det wurden, werden heute teilweise akademisch gelehrt,
356 weil die Komplexität und der Spezialisierungsgrad zuge-
357 nommen haben. Akademisierung ist ein wichtiges The-
358 ma in der Pflege wie in den Erziehungsberufen, aber auch
359 in technischen und anderen Berufsfeldern. Dazu steht die
360 SPD.

361 Die Duale Ausbildung ist neben der akademischen Ausbil-
362 dung die zweite Säule. Die akademische Ausbildung mit
363 ihren rund 18.000 Bachelorstudiengängen trägt einerseits
364 der notwendigen Multiprofessionalität vieler Aufgaben-
365 felder Rechnung. Die duale Ausbildung nach BBiG und
366 HwO ermöglicht mit ihren rund 350 Ausbildungsberufen

367 andererseits den fachlichen Zugang zu über einhundert-
368 tausend Fachberufen und erfüllt damit ebenfalls den An-
369 spruch der Multifunktionalität im Hinblick auf die beruf-
370 lichen Perspektiven nach Abschluss der Ausbildung.

371

372 Allerdings hat sich durch steigende Mieten und unzurei-
373 chende Anpassung des BAFöG die soziale Lage der Stu-
374 dierenden besonders in Metropolen wie Berlin verschlech-
375 tert.

376 Darunter leiden insbesondere die jungen Menschen, die
377 aus dem Elternhaus weder finanzielle Unterstützung
378 noch den Erfahrungshintergrund einer Akademikerfami-
379 lie mitbringen sowie Studierende mit Kindern. Auch dieje-
380 nigen, die in höherem Lebensalter durch längere Bildungs-
381 wege, gerade oder nach einer Phase der Berufstätigkeit ihr
382 Studium aufnehmen. Gerade auch in Studiengängen wie
383 der sozialen Arbeit oder der Gesundheitsberufen (ohne
384 Medizin), die bei späterer Berufstätigkeit keine hohen Ein-
385 kommen erwarten lassen.

386

387 Hinzu kommt die gestiegene Heterogenität der Studie-
388 rendenschaft auch in Bezug auf Herkunft und Fluchthin-
389 tergründe. Für diese Studierendengruppen ist das Ange-
390 bot vor allem des Studierendenwerks und andere nied-
391 rigschwellige und kostengünstige Beratungs- und Unter-
392 stützungsangebote besonders wichtig. Sozialberatung,
393 Arbeitsberatung, psychologische Studienberatung müs-
394 sen ausreichend vorgehalten werden. Wir brauchen dar-
395 über hinaus Wohnangebote, die auch für Studierende
396 mit Kindern geeignet sind und den international üblichen
397 Wohnformen entgegenkommen. Hier sind oft mehr güns-
398 tige WG- oder Wohnheimzimmer mit Gemeinschaftsflä-
399 chen zu finden als Einzelappartements. Wir brauchen Kin-
400 derbetreuung, die sich an Tageszeiten und Semesterzei-
401 ten anpasst und räumlich günstig zum Studienort liegt.
402 Für alle Angehörigen der Hochschulen kann Wege- und
403 Zeitsparende Organisation des Alltags Studien- bzw. wis-
404 senschaftlichen oder beruflichen Erfolg entscheidend be-
405 einflussen. Zeitpolitik ist Frauen- und Familienpolitik.

406

407 Das Hochschulstudium, insbesondere auch an Fachhoch-
408 schulen oder Hochschulen für angewandte Wissenschaft,
409 ist ebenso ein Thema der inklusiven Gesellschaft und des
410 Bildungsaufstieges für unsere diverse Gesellschaft wie die
411 Förderung aller Kinder in der Schule und Kita. Es kann
412 nicht mit dem Schulabschluss Schluss sein. Wir sind ver-
413 pflichtet, auch weiterhin Kinder aus Nichtakademikerfa-
414 milien oder mit Migrationsgeschichte nicht vor verschlos-
415 senen Türen stehen oder nach kurzer Zeit an der Belastung
416 und der unzureichenden Betreuung und Beratung schei-
417 tern zu lassen.

418 Senat und sozialdemokratische Mitglieder des Abgeord-
419 netenhauses sollen sich dafür einsetzen, dass die soziale

420 Lage aller Studierenden nachhaltig verbessert wird:

- 421 • Berlin muss sich in Bundesrat und Bundestag wei-
- 422 ter dafür einsetzen, dass das Bafög den Lebenshal-
- 423 tungskosten der Studierenden auch in Metropolen
- 424 angepasst wird.
- 425 • Wir wollen den beispielgebenden Berliner Studenti-
- 426 schen Tarifvertrag weiter als Modell auch für außer-
- 427 universitäre Forschungseinrichtungen und andere
- 428 Bundesländer bewerben.
- 429 • Die Angebote des Studierendenwerks sollen be-
- 430 darfsgerecht ausgebaut und finanziert werden. Der
- 431 gestiegenen Heterogenität und der Bedarfe an
- 432 Arbeits- und Sozialberatung im komplexen deut-
- 433 schen System sowie an psychologischer Beratung ist
- 434 Rechnung zu tragen.
- 435 • Die Forderungen der Studierenden nach ausgewo-
- 436 gener, gesunder und klimaschonender Ernährung
- 437 sollen weiter aufgenommen werden. Die dazu nö-
- 438 tigen Strukturen in Einkauf und Ausstattung der
- 439 Mensen und Caféterien ist zu berücksichtigen.
- 440 • Hochschulnahe Wohnangebote für Studierende –
- 441 auch mit Kindern – müssen in vielfältiger Weise aus-
- 442 gebaut werden. Auch Kinderbetreuung, die sich in
- 443 den angebotenen Betreuungszeiten täglich und vor
- 444 allem in den Vorlesungszeiten zeitlich und örtlich
- 445 mit dem Studium gut vereinbaren lässt, muss wei-
- 446 ter ausgebaut werden. Hier sind auch die Bedarfe
- 447 des Wissenschaftlichen Personals und der Mitarbei-
- 448 tenden in Verwaltung, Technik und Service zu be-
- 449 rücksichtigen.
- 450 • Das ABC-Ticket im Rahmen der Rückmeldegebühren
- 451 ist sozial-, verkehrs- und umweltpolitisch ein großer
- 452 Erfolg. Bei weiteren Absenkungen der Nahverkehrstarife dürfen die Studierenden nicht vergessen werden.
- 453
- 454

455

456 **Studentischen Wohnraum schaffen**

457 Berlin hat in den letzten Jahren (auch dank der Förde-

458 rung des Bundes) die Zahl der Studienplätze auf 195.000

459 erhöht, insbesondere im Bereich von Qualifikationen, die

460 dringend in der Stadt benötigt werden, wie die Ausbil-

461 dung für den öffentlichen Dienst (z.B. Polizei und Rechts-

462 pflege sowie Lehrkräfte, Soziale Arbeit, Erziehungsberufe,

463 Pflege- und Gesundheitsberufe) aber auch für die erfolg-

464 reiche Start-up-Szene oder Ansiedlungen in Forschung-

465 und Entwicklung von Unternehmen. Internationalisie-

466 rung ist eine der Strategien, mit der Berliner Universitäten

467 erfolgreich sind.

468 Damit diese Entwicklung nicht durch Wohnraummangel

469 abgewürgt wird sollen neben den bestehenden Bemü-

470 hungen folgende einzelnen Maßnahmen ergriffen wer-

471 den:

- 472 • Am Campus Schöneberg der HWR soll der Neubau

- 473 für Kita, studentisches Wohnen und Lehrgebäude
474 zügig finanziert und umgesetzt werden.
- 475 • Am Campus Lichtenberg der HWR soll zügig der
476 Übergang von der BIM ins Fachvermögen der Wis-
477 senschaftsverwaltung umgesetzt werden. Der Cam-
478 pus soll saniert und weiterentwickelt werden inklu-
479 sive der Sportstätten für die Polizeiausbildung und
480 ausreichend Wohnraum für Studierende und Auszu-
481 bildende, insbesondere der Polizei und anderer öf-
482 fentlicher Belange.
 - 483 • An den Standorten der Alice-Salomon-Hochschule
484 in Hellersdorf und der HTW in Oberschöneweide
485 sollen geeignete Grundstücke angekauft werden
486 um campusnahe Wohnmöglichkeiten zu schaffen.
487 An beiden Standorten ist die Wohnsituation für Stu-
488 dierende schwierig, wodurch lange Anfahrten nö-
489 tig sind. Gleichzeitig würde campusnahes Wohnen
490 auch der Verankerung der Hochschulen in ihren
491 Stadtteilen dienen.
 - 492
 - 493 • Bei der Planung für die Beuthhochschule in Tegel
494 soll maximal möglicher studentischer Wohnraum
495 berücksichtigt werden.
 - 496 • An den Standorten der drei Universitäten in Mit-
497 te, Dahlem und Charlottenburg sollen alle Univer-
498 sitätseigenen Grundstücke, wie zum Beispiel Park-
499 plätze und Immobilien darauf hin überprüft werden,
500 ob bei Sanierung oder Umbau - auch kleinteilig - stu-
501 dentischer Wohnraum geschaffen werden kann. Die
502 Strategie nur big is beautiful muss hinterfragt wer-
503 den. Geeignete Grundstücke in Privatbesitz oder Be-
504 sitz des Bundes sollen unter Mitwirkung der Hoch-
505 schulen identifiziert werden, um in Ankaufgesprä-
506 che einzutreten.
 - 507
- 508 Bei der Planung studentischen Wohnraums sollen ins-
509 besondere auch folgende Wohnformen Berücksichtigung
510 finden:
- 511 • Wohnraum für Studierende mit Kind oder Kindern
 - 512 • Wohnraum für Studierende mit Behinderung
 - 513 • Wohnraum in Form von Wohngemeinschaften mit
514 gemeinsam genutzten Küchen und unter Umstän-
515 den Bädern, wie international üblich
 - 516 • Gemeinschaftsflächen für Kommunikation und Be-
517 gegnung und sozialräumliche Öffnung
 - 518
- 519 Bei der Planung sollen folgende Bauweisen Berücksichti-
520 gung finden:
- 521 Schnellbau mit einfachem Standard für kürzere Nut-
522 zungszeiten, z.B. 30 Jahre auch unter Verwendung von
 - 523 Holzmodulbau
 - 524
- 525 Für die schnelle Umsetzung müssen alle Kooperations-

526 partner*innen in der Stadt ins Boot geholt werden. Zu-
 527 nächst das Studierendenwerk und die Genossenschaften,
 528 die Hochschulen und mögliche weitere Akteure.

529

530 **Zukünftige nachhaltige Wissenschaftspolitik für Berlin**

531 Unsere Berliner Hochschulen sind bundesweit und inter-
 532 national in ihren Profilen und ihrer Forschung sehr gut
 533 aufgestellt. Die Attraktivität zeigt sich vor allem auch in
 534 dem Zuzug von Wissenschaftler*innen aus der gesamten
 535 Bundesrepublik und der Welt. Die Strahlkraft wird durch
 536 die Berliner Erfolge im Rahmen der Exzellenz-Strategie
 537 noch gesteigert. Wir als Berliner SPD unterstützen unse-
 538 re Hochschulen auf ihrem erfolgreichen Kurs und stehen
 539 für exzellente Forschung und Wissenschaft – in der Spitze
 540 wie in der Breite! Um eine gute Mischung zwischen erfolg-
 541 reicher, autonomer Forschung und der Realisierung gesell-
 542 schaftlicher Bedarfe durch nachhaltige **Wissenschaftspo-**
 543 **litik** zu realisieren, setzen wir uns in den kommenden Jah-
 544 ren für folgende Maßnahmen ein:

545

- 546 • Wir fordern, dass sich Senat und die sozialdemo-
 547 kratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses und
 548 des deutschen Bundestages dafür einsetzen, dass
 549 die Anstrengungen des Bundes und der Länder zu ei-
 550 ner dauerhaften deutlich erhöhten Grundfinanzie-
 551 rung der Wissenschaft in Deutschland intensiviert
 552 werden
- 553 • Um beste Wissenschaft zu garantieren, setzen wir
 554 uns auch in Zukunft auf Landesebene für eine ho-
 555 he und verlässliche Grundfinanzierung der Berliner
 556 Hochschulen ein. Die Laufzeit der Hochschulverträ-
 557 ge soll auch in Zukunft mindestens vier Jahre betra-
 558 gen und mindestens eine 3% Steigerung der Mittel
 559 enthalten. Dadurch soll ein gesundes Verhältnis von
 560 Grund- zu Drittmittelfinanzierung und die finanzia-
 561 le Ausstattung weniger drittmittelbegünstigten Be-
 562 reiche gewährleistet sein. Darüber hinaus gehende
 563 Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst sollen durch
 564 eine Tarifierpassungsklausel ausgeglichen werden,
 565 damit eine gute Tarifentwicklung nicht zu Lasten
 566 der qualitativen Entwicklung der Hochschulen und
 567 der Qualität der Lehre geht.
- 568 • Die Studienplatzkapazitäten wollen wir erhalten
 569 und insbesondere die Bereiche stärken, in denen ein
 570 gesellschaftlicher Bedarf besteht. Für Berlin bedeu-
 571 tet dies in den nächsten Jahren weiterhin den Be-
 572 reich „Soziale Arbeit“ sowie insbesondere auch die
 573 Gesundheitsberufe zu stärken.
- 574 • Der Bedarf an Lehrkräften wird auch in den kom-
 575 menden Jahren hoch sein. Gut ausgebildete Lehr-
 576 kräfte sind der entscheidende Faktor für die Leis-
 577 tungsfähigkeit unseres Schulsystems. Um den Lehr-
 578 kräftebedarf an den Berliner Hochschulen in ange-

- 579 messener Quantität und Qualität gerecht zu wer-
580 den, wollen wir neben dem Ausbau der Studien-
581 platzkapazitäten die zentralen „Schools of Educati-
582 on“ an den Berliner Universitäten stärken und mit
583 eigenen Professuren und eigenen Lehramtsstudien-
584 gängen ausstatten. Durch eine Stärkung der Fach-
585 didaktiken soll zudem sichergestellt werden, dass
586 Schule als Lernort für Demokratie verstanden wird
587 und Fragen der Unterrichtskultur und der Mitbe-
588 stimmung von Schüler*innen stärkeren Eingang in
589 die Lehrkräfteausbildung finden.
- 590 • Wir werden die Abstimmung zwischen den lehr-
591 kräfteausbildenden Universitäten weiter ausbauen,
592 Übergänge erleichtern, Beratung und Betreuung der
593 Studierenden ausbauen und das Lehrpersonal ge-
594 zielt weiterbilden für die Erfordernisse des Berliner
595 Schulsystems. Lehrkräfteausbildung hat für die SPD
596 absolute Priorität.
 - 597 • Neu gegründet werden soll eine Akademie für das
598 Wissenschaftsmanagement, um den gestiegenen
599 Anforderungen und Komplexität im Wissenschafts-
600 system auch personell besser Rechnung zu tragen.
 - 601 • Um Qualität statt Quantität in Wissenschaft und
602 Forschung zu stärken, werden wir uns im Rahmen
603 unserer Möglichkeiten dafür setzen, den in den letz-
604 ten Jahren entstandenen „Publikationswahn“ Ein-
605 halt zu gebieten. Statt politisch Anreize für lange
606 Publikationslisten zu setzen, wollen wir eine Kul-
607 tur stärken, die die Quantität von Publikationen als
608 Reputationsfaktor hin zu anderen Qualitätskriteri-
609 en verschiebt, Gesellschaftliche Relevanz von For-
610 schungsergebnissen und Einbindung in die Stadtge-
611 sellschaft sollen stärker honoriert werden.
 - 612 • Ebenfalls im Rahmen der Grenzen der Hochschul-
613 autonomie wollen wir die Berufungskriterien und
614 -verfahren transparenter gestalten. Zu überlegen
615 ist auch, inwieweit die Hochschulen dazu ermutigt
616 werden können, die Berufungsverfahren und die Zu-
617 sammensetzung der Kommissionen neu zu struktu-
618 rieren, indem diese sich beispielsweise per Los aus
619 einem Pool von möglichen Mitgliedern rekrutieren.
 - 620 • Ziel ist eine geschlechterparitätische Besetzung der
621 Gremien, die aber in Fächern, in denen Frauen stark
622 unterrepräsentiert sind, nicht zu einer Überlastung
623 der Frauen führen darf. Hier sind geeignete Wege
624 der Unterstützung und Kompensation zu finden.
 - 625 • Die Senatsverwaltung soll zügig einen Ruf erteilen,
626 wenn es keine Beanstandung der Liste gibt.
 - 627 • Im Fall von Berufungsverfahren, die beispielswei-
628 se durch Frauenbeauftragte oder Diversity oder An-
629 tidiskriminierungsstellen beanstandet werden, soll
630 es einen zügigen Clearingprozess geben, bevor der
631 Ruf erteilt wird.

632

633 Die ausgeprägte Kooperationskultur und Vernetzung in
634 der Berliner Wissenschafts- und Forschungslandschaft
635 wollen wir weiter stärken. Während wir in den letzten Jah-
636 ren bei der Wissenschaftspolitik bereits Einiges erreicht
637 und bewegt haben, gilt es in den kommenden Jahren den
638 Fokus vor allem auf die **Forschungspolitik** zu richten. Die
639 Berlin University Alliance bietet für den Wissenschafts-
640 standort Berlin eine einmalige Chance für die Zukunft um
641 in Berlin eine im besten Sinne soziale, nachhaltige und
642 demokratische Forschungspolitik, die sich insbesondere
643 den Bereichen „Sozial-ökologische Transformation“, „Ar-
644 beit 4.0 / KI“ und „Gesundheit / Wohlbefinden“ widmet.
645 Dazu werden wir folgende Maßnahmen ergreifen:

646

- 647 • Wir bekennen uns dazu, dass gesellschaftsrelevante
648 Themen Kernbereiche der Forschung darstellen.
649 Die Entwicklung der Arbeit der Zukunft, die Di-
650 gitalisierung, das autonome Fahren, Stärkung der
651 Nachhaltigkeit, Biodiversität, Friedens- und Kon-
652 fliktforschung, vorausschauende Stadtentwicklung
653 und die Erforschung des Umgangs mit dem Kolonia-
654 lismus sind nur einige Beispiele dafür.
- 655 • Mit der strategischen Neuausrichtung der Inter-
656 disziplinären Forschungsverbände werden wir ab
657 2020 ein Förderinstrument des Landes haben, wo-
658 durch gezielt die Forschungsprojekte für eine sozial-
659 ökologische Stadtentwicklung unterstützt und An-
660 regungen für Forschungsbedarfe aus der Stadt-
661 gesellschaft aufgenommen und integriert werden
662 können.
- 663 • Wir fördern gezielt auch solche Fachbereiche, die
664 nicht dem Mainstream entsprechen und eher we-
665 niger Drittmittel einwerben können, weil sie nicht
666 unmittelbar der Wirtschaft nützen. Dies gilt in be-
667 sonderer Weise für gesellschafts- und sozialwissen-
668 schaftliche Themen.
- 669 • Die Öffnung hin zur Gesellschaft bedeutet auch die
670 Rahmenbedingungen für Ausgründungen zu ver-
671 bessern und Studierenden den Weg von Forschung
672 und Wissenschaft hin zu Startups bzw. Unterneh-
673 mensgründung zu erleichtern.
- 674 • Wo es die beteiligten Akteur*innen wünschen, wol-
675 len wir die Vernetzung und den Wissenstransfer
676 zwischen Forschungsinstituten, Hochschulen, Un-
677 ternehmen und weiteren Institutionen fördern.
- 678 • Wir stärken die Friedensforschung und bekennen
679 uns zur Zivilklausel, d.h. wir bestärken unsere
680 Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen dazu,
681 ausschließlich für friedliche Zwecke zu forschen.
- 682 • Berlin soll bundesweit führend in der Erforschung
683 von Alternativen zu Tierversuchen werden und da-
684 hingehend neue Maßstäbe setzen.

685

686 **Gesundheitsstadt Berlin 2030**

687 Wir werden Berlin zur europäischen Gesundheitssmetro-
688 pole ausbauen. Berlin hat mit dem Umfeld von exzel-
689 lenten Wissenschaftseinrichtungen sowie den Landesun-
690 ternehmen Charite und Vivantes beste Voraussetzungen.
691 Wir werden die Charite und Vivantes baulich moderni-
692 sieren, auf den neuesten Stand der Digitalisierung brin-
693 gen und ihre jeweiligen Profile weiter stärken. Wir wol-
694 len beste Krankenversorgung in allen Regionen unserer
695 Stadt. Krankenversorgung darf nicht davon abhängig sein,
696 in welcher Region man lebt. Deswegen werden wir alle
697 Standorte unserer Kliniken stärken. Medizinische Weiter-
698 entwicklung lebt von exzellenter Forschung. Mit der In-
699 tegration des Berliner Instituts für Gesundheitsforschung
700 haben wir dazu beste Rahmenbedingungen.

701

702 **Berlin – Wissenschaftsstadt 2035 durch Investitionen ab-**
703 **sichern**

704 Auch in den Hochschulen ist durch die lang anhalten-
705 de Haushaltskonsolidierungsphase ein hoher Sanierungs-
706 rückstau entstanden. Analog zur Schulbauoffensive brau-
707 chen wir ein langfristig angelegtes Sanierungs- und Neu-
708 baukonzept für die Berliner Hochschulstandorte. Dazu
709 fordern wir:

- 710 • Der Wissenschaftssenat entwickelt gemeinsam
711 mit den Hochschulen und Forschungseinrich-
712 tungen sowie mit den Bezirken, der Innenver-
713 waltung, Stadtentwicklung und Finanzen einen
714 Hochschulentwicklungs- und Investitionsplan, der
715 folgende Ziele hat:
- 716 • Den Sanierungsrückstau in den Hochschulen in die-
717 sem Zeitraum zu beseitigen und analog zur Schul-
718 bauoffensive langfristige Planung und Finanzierung
719 sicher zu stellen.
- 720 • Die Campusentwicklung an allen Hochschulstand-
721 orten unter Gesichtspunkten der Rolle der Hoch-
722 schulen im Sozialraum, des studentischen Woh-
723 nens, der Ausbildungsqualität und der Daseinsvor-
724 sorge durch Sportstätten zu planen und zu finanzie-
725 ren.

726

727 Dazu muss geprüft werden,

- 728 • inwiefern Grundstücke von Dritten erworben wer-
729 den müssen, um die Campi zu entwickeln
- 730 • Inwiefern Anmietungen durch Sanierung und Neu-
731 bau überflüssig werden können
- 732 • inwiefern landeseigene Grundstücke von z.B. der
733 BIM ins Fachvermögen der Wissenschaftsverwal-
734 tung verlagert werden sollten
- 735 • wie die erfolgreiche Bauherreneigenschaft der
736 Hochschulen – auch in Kooperation z.B. mit Fach-
737 hochschulen – weiter gestärkt werden kann

- 738 • welche Partner aus dem Bereich der öffentlichen
 739 Unternehmen bei der Campuserwicklung mit ein-
 740 bezogen werden können, um die Effektivität zu er-
 741 höhen, Synergien zu schaffen und die Prozesse zu
 742 beschleunigen.
- 743 • wie die IT-Infrastruktur in Bezug auf Datendurch-
 744 satz und Speicherung an den Campi zukunftsfest
 745 ausgebaut werden muss und ob dazu ein öffentli-
 746 ches Netz notwendig ist.

747

748 Der erste Schritt muss die Finanzierung und konsequen-
 749 te Umsetzung des 6-Punkte-Sofortplans „Gemeinsamer
 750 Maßnahmenplan zum „Gutachten über den Instandset-
 751 zungsbedarf an den Berliner Hochschulen“ von den Ber-
 752 liner Hochschulen und der Senatskanzlei – Wissenschaft
 753 und Forschung“ sein.

754

755 Den Berliner Hochschulen kann als “institutionellen Ein-
 756 heiten, die vom Land Berlin kontrolliert werden” eine Kre-
 757 ditermächtigung eingeräumt werden. Eine Kreditaufnah-
 758 me setzt allerdings in jedem Einzelfall dann auch eine
 759 einzelfallbezogene Einwilligung des Berliner Abgeordne-
 760 tenhauses voraus, wobei die Finanzierung der Kredite im
 761 Haushalt des Landes abzusichern ist.

762

763 **Wissenschaft Kommunikation Lernorte**

764 Wissenschaft braucht Kommunikation. Nicht nur intern,
 765 sondern vor allem mit allen Teilen der Gesellschaft. Wis-
 766 senschaft muss Akzeptanz schaffen und wissenschaftli-
 767 che Ergebnisse aller Disziplinen sollen Eingang finden so-
 768 wohl in politisches, wirtschaftliches und Alltagshandeln.
 769 Wissenschaft muss begeistern, um Nachwuchs zu finden,
 770 nicht nur für akademische Berufe, sondern auch für Wis-
 771 senschaftsunterstützende Berufe z.B Laborassistentz u.v.a.
 772 Für diese Prozesse werden sowohl Räume benötigt sowie
 773 Strukturen, die diese Kommunikation organisieren. Schü-
 774 ler*innenlabore, Schüler*innenuni sind Angebote, die jun-
 775 ge Menschen für verschiedenste Disziplinen begeistern
 776 sollen. Dies ist besonders für die jungen Menschen wich-
 777 tig, die diese Zugänge nicht über das Elternhaus vermittelt
 778 bekommen können. Außerschulische Lernorte sind z.B.
 779 Museen (Stadtmuseum, SPK, Naturkundemuseum und
 780 Botanischer Garten u.v.a.) Gedenk- und Kulturorte sowie
 781 Einrichtungen wie die Planetarien oder das Gläserne La-
 782 bor.

783

784 Wir wollen Außerschulische Lernorte für Wissenstransfer
 785 aus Hochschulen noch besser nutzen:

- 786 • Dazu werden wir eine koordinierende Stelle schaf-
 787 fen, die die außerschulischen Lernorte vernetzt und
 788 koordiniert, über die Angebote informiert und Schu-
 789 len und Kitas unterstützt, diese Angebote wahr zu
 790 nehmen. Diese Stelle kann z.B. beim größten Außer-

791 schulischen Lernort, der Stadt, Stiftung Planetarium
 792 Berlin, angesiedelt sein.

- 793 • Wissenschaft und Forschung sollen offen sein für
 794 die ganze Gesellschaft. Dazu gehört auch, dass wir
 795 Wege finden, um Wissenschaft zugänglich und nah-
 796 bar zu machen, etwa durch freie Eintritte für Mu-
 797 seen und Dialogformate zum Austausch zwischen
 798 Wissenschaftsinstitutionen und Stadtgesellschaft.
- 799 • Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen müs-
 800 sen Orte der gesellschaftspolitischen Auseinander-
 801 setzung bleiben. Dazu gehören die freie Meinungs-
 802 äusserung sowie der freie Zugang zu Räumen für po-
 803 litische Veranstaltungen z.B. für politische Kongres-
 804 se an den Berliner Hochschulen.
- 805 • Für die Kommunikation mit der Stadtgesellschaft
 806 und die Debatte über gegenwärtige und zukünftige
 807 Fragestellungen braucht die Wissenschaft nicht
 808 nur Schaufenster, sondern Räume in allen Teilen
 809 der Stadt. Diese gilt es zu identifizieren, für das
 810 Land und die Wissenschaft zu sichern und tragfähige
 811 Konzepte mit den Partner*innen zu entwickeln,
 812

813 **Wissenschaft nachhaltig**

814 Nicht erst seit FridaysforFuture sind Hochschulen und Ein-
 815 richtungen wie das Studierendenwerk um nachhaltiges
 816 Handeln bemüht und gibt es Bestrebungen, nachhaltige
 817 Entwicklung als handlungsleitendes Prinzip in Hochschu-
 818 len und Wissenschaftspolitik zu verankern. Wir begrüßen
 819 die FridayforFuture-Initiativen von Studierenden an den
 820 Hochschulen sowie das Engagement der Wissenschaft-
 821 ler*innen bei science for future und bekennen uns zu den
 822 Zielen der Nachhaltigkeit.

823 Dabei lehnen wir uns an die Definition an, die nach-
 824 haltiger Entwicklung beschreibt als Strategie, die globa-
 825 le und intergenerationelle Gerechtigkeit, Chancengleich-
 826 heit, Erhalt von Biodiversität und Ökosystemen, Klima-
 827 schutz, verantwortungsvollen Konsum, ressourcenschon-
 828 endes und kreislauforientiertes Produktionsverhalten
 829 sowie faire Arbeits- und Handelsbedingungen umfasst
 830 und insofern eine umfassende Transformation anstrebt.

831 Wir werden:

- 832 • Nachhaltigkeit als Aufgabe der Hochschulen im
 833 Hochschulgesetz verankern
- 834 • Transparente Governancestrukturen schaffen, die
 835 nachhaltige Entwicklung an den Hochschulen er-
 836 möglichen
- 837 • Die Hochschulen dabei unterstützen, alle Gruppen
 838 der Hochschulen in die Entscheidungen einzubezie-
 839 hen
- 840 • Regelungen in Landes- und Bundesgesetzgebung
 841 identifizieren und verändern, die nachhaltiges Han-
 842 deln z.B. bei Reisen oder Vergaben behindern.

843

844 Bei der Erarbeitung der Nachhaltigkeitsstrategie arbeiten
845 wir als SPD mit den Akteur*innen an den Hochschulen und
846 übergreifenden Initiativen wie der Initiative für Nachhaltig-
847 tigkeit und Ethik an den Hochschulen (netzwerk-n, Was
848 bildet Ihr uns ein? u.a.) zusammen.